



EVANGELISCHE
LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG
Amt für Information

Augustenstraße 124
70197 Stuttgart
Telefon (07 11) 2 22 76-58

Pressemitteilung

Mittwoch, 29. November 2000

Landessynode verabschiedet nach zweitägiger Debatte Haushalt

Diskussion um homosexuelle Amtsträger, Glaubensbekenntnis, idea, Prälatur
Ludwigsburg

Stuttgart. Nach zweitägiger Debatte hat das Parlament der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, die Landessynode, heute Mittag, am 29. November, das Haushaltsgesetz für das Jahr 2001 verabschiedet und den Haushaltsplan mit einem Gesamtvolumen von knapp 2,7 Milliarden Mark einstimmig angenommen. Den Haushaltsplan eingebracht hatte am gestrigen Dienstag der Finanzdezernent der Landeskirche, Oberkirchenrat Peter Stoll.

Ausführlich debattierten die 94 Synodalen an mehreren Stellen den Haushaltsplan für das kommende Jahr. Alterspräsident Gerhard Greiner (Backnang) brachte die im Sommer herausgegebenen „Gesichtspunkte im Blick auf die Situation homosexueller kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ in die Diskussion. Er beanstandete, dass „der Gesichtspunkt der möglichen Heilung“ von Homosexualität nicht in der Publikation aufgenommen ist. Christel Hausding (Langenau-Göttingen) unterstützte ihren Vorredner: „Es wird auch mit keinem Wort auf Hilfen für die Betroffenen wie etwa ‚Wüstenstrom‘ in Tamm hingewiesen.“ Oberkirchenrätin Ilse Junkermann, zuständige Personaldezernentin der Landeskirche, erklärte: „Ob das Anbieten von sogenannten objektiven Wahrheiten auch vom Subjekt vollzogen werden kann, ist eine Frage der Bitte und des Angebots.“ Landesbischof Eberhardt Renz plädierte schließlich, das Thema Homosexualität nicht wieder zu tabuisieren. „Es ist leichter, die Würde des Menschen zu fordern, als sie im konkreten Fall durchzuhalten.“ Prälat Gerhard Maier, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Homophilie, die die „Gesichtspunkte“ herausgegeben haben, wünscht, „man würde in ein Sachgespräch kommen und sich nicht in Personalisierungen hineinbegeben“.

Das Glaubensbekenntnis machte Erwin Damson (Weissach) zum Gesprächsstoff. Er fragte Martin Dolde, ob er als Kirchentagspräsident das Glaubensbekenntnis sprachlich verbessern oder einen neuen Inhalt dessen wolle. „Wir müssen das Glaubensbekenntnis erklären, nicht ersetzen.“ Dolde gab zu verstehen, dass es sich „nicht darum dreht, dass wir ein neues Glaubensbekenntnis formulieren, sondern neu über den Glauben reden“. Ausführlich beraten wurde der von Alfred Nägele (Hessigheim) eingebrachte Antrag, die auf der letztjährigen Herbsttagung gesperrten Mittel an den Informationsdienst der

Evangelischen Allianz (idea) wieder bereit zu stellen. Gerhard Ruhl erklärte, dass er den Antrag nicht unterstützen werde, weil es seit letztem Jahr keine neuen Argumente gebe. Dem widersprach Gerhard Kraft (Schwäbisch Hall): „Mit dem Antrag wird nicht idea-Spektrum unterstützt, sondern idea-Nachrichten.“ Die Nachrichten würden viele württembergische Gemeindeglieder ansprechen. Cornelia Brox (Lenningen) entgegnete: „Es ging grundsätzlich um idea und nicht nur um idea-Spektrum.“ Der Antrag wurde knapp mit 37 gegen 36 Stimmen bei fünf Enthaltungen abgelehnt.

Intensiv diskutierte die Landessynode den von Irmgard Lubkoll (Böblingen) eingebrachten Antrag zur Neuordnung der fünf Prälaturen und den von Inge Schneider (Schwaikheim) eingebrachten Antrag zu prüfen, ob durch die Zusammenlegung von Dezernaten im Oberkirchenrat die fünfte Prälatur Ludwigsburg erhalten werden könne. Hans-Martin Freudenreich (Nehren) warnte vor der Versuchung, im Prälatenamts „alles zu wollen“ und erklärte: „Arbeit ist delegierbar.“ Franz Härle (Blaubeuren) plädierte dafür, die Prälatur Ludwigsburg beizubehalten: „Was effektiv ist für die Verwaltung, muss nicht gut sein für die Nähe zu den Menschen.“ Direktor Martin Daur sagte, die Prälaturebene könne einen Beitrag zur Sparquote beitragen, „und wir können sie gleichzeitig wieder besser ausstatten“. Oberkirchenrat Rudolf Pfisterer antwortete auf die – ebenfalls von Irmgard Lubkoll eingebrachte - förmliche Anfrage zur Auflösung der Prälatur Ludwigsburg. Die Prüfung, wie der Oberkirchenrat im Jahr 2000 die vorgegebene Kürzungsquote von zehn Prozent einhalten könne, habe ergeben, „dass über den vorgesehenen Rahmen hinaus auf den Ebenen unterhalb des Kollegiums keine weiteren Kürzungen erfolgen können“. Nach Prüfung und Abwägung habe sich das Kollegium für diesen Weg entschieden, eine Prälatur einzusparen.

Andrea Domler